

SZ Freitag, 18. August 2000

Vorschnelle Begeisterung

Ein kritikwürdiges Buch, eine nützliche Provokation: Über die Thesen Norman Finkelsteins / Von Ulrich Herbert

Das Buch von Norman Finkelstein, so war kürzlich zu lesen, spreche endlich die Themen an, die „den vagen Unmut, den man in Deutschland zuweilen verspüren mochte“ hervorgerufen hätten: „Das Geschäft mit dem moralischen Kapital des guten Gewissens.“ Es ist, heißt es erleichtert, „als würde plötzlich ein Fenster geöffnet.“ Prüft man indes Finkelsteins Ausführungen näher, wird man zu nüchterneren und zudem nicht ganz einheitlichen Einsichten gebracht.

Finkelstein stellt drei Thesen auf. Die erste lautet: Die Geschichte des Holocaust ist ein Instrument der jüdischen Eliten in den USA zur Stärkung der Position Israels und ihrer eigenen Position. Bis 1967 sei Israel schwach gewesen, entsprechend gering sei auch die Unterstützung der jüdischen Eliten für Israel und die Bedeutung der Erinnerung an den Holocaust gewesen. Nach dem Sechstagekrieg 1967 aber sei Israel zur Vormacht im Nahen Osten und zu einer Art Vorposten des Westens an der Grenze zu den arabischen Ländern geworden. Um die israelische Politik gegenüber den Palästinensern zu unterstützen, sei dies mit einer gezielten Aufwertung des Holocaust in den USA durch die jüdischen Eliten – oder wie Finkelstein es nennt: durch die „Holocaust-Industrie“ – verbunden worden.

Diese These ist eng mit den Aussagen der beiden Bücher Finkelsteins über Israel und den Nahen Osten verbunden. Finkelstein, ein Schüler Chomskys, ist stark geprägt durch den Protest gegen den Vietnam-Krieg und die Erfahrung der israelischen Besatzungspolitik im Westjordanland bis hin zur Intifada der späten 80er Jahre. In Bezug auf den veränderten Stellenwert Israels für die Nahostpolitik des Westens und besonders der USA seit 1967 hat er gewiss Recht. Die zunehmende Bedeutung des Holocausts für die amerikanische Gesellschaft ist indes zeitlich anders einzuordnen und zudem von zahlreichen anderen Faktoren geprägt. Noch bis in die späten 70er Jahre hinein war der Judenmord ein Thema für nur wenige Historiker, die zudem eher zu den Außenseitern ihrer Fächer gehörten – etwa Raul Hilberg in den USA, Wolfgang Scheffler, Hans-Günter Adler oder Joseph Wulf in der Bundesrepublik. Es gibt keine Hinweise darauf, dass der Sechstagekrieg zu einer intensivierten Beschäftigung mit dem Holocaust geführt hätte.

Im Gegenteil, in den 70er Jahren setzte die Linke – in den USA wie in der Bundesrepublik – ihre eigenen Schwerpunkte in der Debatte über das NS-Regime durch, den Arbeiterwiderstand etwa oder die Rolle der traditionellen Eliten, vor allem der Industrie, im NS-Herrschaftssystem; dem Judenmord kam hier eine ganz nachgeordnete Bedeutung zu. Von einer Instrumentalisierung des Holocausts für die amerikanische Nahostpolitik ist hier nichts zu sehen. Es war in den 80er Jahren vielmehr außerordentlich mühsam, die Auseinandersetzung mit dem Genozid wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Auf der anderen Seite ist nicht ausgeschlossen, dass Politiker oder Publizisten den Genozid zur Stärkung der moralischen Position Israels und zur Heraushebung des Leids, das die Juden erfahren haben, gegenüber ähnlichen Ansprüchen anderer Minderheiten in den USA genutzt haben – aber was wäre daran zu kritisieren? Denn in der Tat verleiht die Geschichte des Holocausts der Politik des Staates Israel und vor allem seinem exzeptionellen

Sicherheitsbedürfnis eine eigene Legitimation. Andererseits zählen in Israel einige herausragende Holocaust-Historiker zu den engagiertesten Kritikern der israelischen Besatzungspolitik. Insgesamt überzeugt der von Finkelstein hergestellte Zusammenhang nicht sehr, weil er die Entwicklung der Debatte über den Judenmord in einen viel zu engen, geradezu verschwörerischen Zusammenhang zur amerikanischen Nahostpolitik und zum Einfluss der amerikanischen Juden auf diese Politik stellt.

Die zweite These Finkelsteins lautet, in den USA habe sich eine Holocaust-Ideologie herausgebildet, die den Judenmord liturgisiert und aus dem historischen Kontext herauslöst. Der Holocaust erscheint dabei als (vorläufiger) Höhepunkt einer ewigen Geschichte des Judenhasses, sodass die jeweiligen historischen Umstände von geradezu nachgeordneter Bedeutung erscheinen. Das impliziere eine Art Verbot des Vergleichs, um die These von der „Einzigartigkeit“ des Holocaust nicht zu gefährden.

Feuilletonistisches Geplauder

Hier beschreibt Finkelstein in der Tat ein Problem, dessen Bedeutung nicht nur in den USA zu wachsen scheint. Die Reduktion des Judenmords auf ein quasi religiöses, unverständliches Ereignis, die Verkitschung der Ereignisse, aber auch die Reduktion des Genozids auf ein feuilletonistisches Dauergeplauder – all dies ist in den USA wie in Deutschland fast täglich zu beobachten. Finkelsteins Kritik an Eli Wiesels Liturgisierung des Holocaust ist zwar sprachlich überzogen, aber nicht ganz falsch. Ebenso ist von den Thesen Goldhagens, die Finkelstein zu Recht in diesen Kontext rückt, über die seit langem ausgebildete fanatische Entschlossenheit der ganz normalen Deutschen, die Juden zu ermorden, in der wissenschaftlichen Diskussion bis heute nahezu nichts übrig geblieben.

Besonders problematisch ist jene Tendenz der sich in den USA verbreitenden „Holocaust Studies“ zur Dekontextualisierung des Judenmords. Das Geschehen wird hierbei auf eine einzige Linie reduziert: deutscher und universeller Antisemitismus hier – Massenmord dort. Der Bezug zum Zweiten Weltkrieg insbesondere in Osteuropa und zur Ermordung anderer Gruppen durch die Deutschen – der drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, der über vier Millionen sowjetischen Zivilisten – wird ausgeschlossen.

Kritikwürdig sind auch die vielfältigen Versuche zur Tabuisierung historischer Vergleiche. Es ist gewiss richtig, dass zumal in Deutschland der Vergleich etwa mit der Vernichtungspolitik des Stalin-Regimes einen nivellierenden, nicht selten apologetischen Zug besitzt. Aber selbstverständlich kann die Bedeutung eines historischen Ereignisses nur im Vergleich bestimmt werden. Und gewiss ist auch der Vergleich zu anderen Formen des Völkermords unabdingbar, weil sonst Ausmaß und Dynamik der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gar nicht erkannt werden könnten.

Das Problem wird allerdings von anderen Autoren hien und drüben seit längerem kritisiert und diskutiert, etwa von Peter Novick oder Guli Ne'eman-Arad. Neu an Finkelsteins Ansatz ist indes der zuweilen verschwörerische Beiklang. Dass er sich nicht auf namentlich genannte Personen und Gruppen bezieht, sondern auf eine anonyme „Holocaust-Industrie“, schwächt seine Argumente immer dort, wo sie nicht nachprüfbar sind.

Die dritte These Finkelsteins besteht aus einer massiven Anschuldigung: Jüdische Organisationen hätten die aus Deutschland fließenden Entschädigungsgelder nicht an die Opfer weitergereicht, sondern damit karitative Einrichtungen finanziert. Darüber hinaus

hätten die jüdischen Organisationen deutsche und schweizerische Unternehmen mit falschen Beschuldigungen und falschen Zahlen unter Druck gesetzt.

Was die Behauptungen über die Verwendung von Entschädigungsgeldern angeht, wird man abwarten müssen. Finkelsteins Beschuldigungen sind sehr heftig. Ob seine Belege wasserdicht sind, bleibt zu prüfen; Zweifel sind angebracht. Denn Finkelstein bezieht sich dabei wesentlich auf die Ergebnisse zweier Autoren, (Ronald W. Zweig, *German Reparations and the Jewish World. A History of the Claims Conference*, London 1987, und Nana Sagi, *German Reparations. A History of the Negotiations*, New York 1986). In beiden Büchern wird berichtet, dass die Jewish Claims Conference (JCC) in der Nachkriegszeit einen Teil der an sie geflossenen Wiedergutmachungsgelder auch für soziale Institutionen jüdischer Gemeinden verwendet hätten. Das ist seit langem bekannt, und Zweigs Untersuchung ist sogar von der JCC finanziell unterstützt worden. Die Jewish Claims Conference bestreitet Finkelsteins weiterreichende Beschuldigungen ganz entschieden – das wird sich vermutlich nur gerichtlich klären lassen.

Anders ist es mit dem Vorwurf, die jüdischen Organisationen hätten bei den Zwangsarbeiter-Verhandlungen mit falschen Zahlen operiert. Wir sind über die Zahl der zivilen und kriegsgefangenen Zwangsarbeiter – durchweg Nichtjuden – durch die NS-Behörden sehr genau im Bilde. Wann in welchen Branchen wie viele ausländische Zwangsarbeiter tätig waren, haben die Arbeitsämter und Rüstungskommandos präzise notiert. Wesentlich unklarer hingegen ist die Zahl der noch lebenden ehemaligen zivilen Zwangsarbeiter, zumal jener aus Osteuropa, um die es vorwiegend ging. In den Verhandlungen lagen Schätzungen auf der Grundlage demographischer Daten vor, zum anderen Angaben der einzelnen Länder. Ein nicht unerheblicher Grad der Ungenauigkeit war unvermeidbar.

Schwieriger war die Bestimmung der Zahl der KZ-Häftlinge, die als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, wobei die Zahl der Juden darunter bis 1944 außerordentlich gering war. Denn die Zahlen des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts der SS waren ungenauer als die der Arbeitsämter, außerdem gab es vor allem in den letzten Kriegsmonaten eine Vielzahl von Häftlingskategorien, die nicht der SS-Zentrale unterstellt waren. Entsprechend ungenau waren auch hier die Schätzzahlen, wie viele KZ-Häftlinge in den einzelnen Ländern noch leben.

Verschwörerischer Beiklang

Noch viel komplizierter war schließlich die Schätzung der Zahl der überlebenden jüdischen Zwangsarbeiter, schon weil die Zahl der Juden, die für deutsche Firmen oder Institutionen Zwangsarbeit hatten leisten müssen, nur sehr vage zu bestimmen ist. In vielen Ländern mussten die Juden bereits vor ihrer Deportation „in den Osten“ Zwangsarbeit leisten; für Deutschland gibt es hierzu genaue Zahlen, für andere Länder nur zum Teil. Nach Ankunft der deportierten Juden in Polen wurde ein größerer Teil von ihnen sofort ermordet, ein kleinerer in die Lager überstellt, wo die Juden vorübergehend als Zwangsarbeiter Verwendung finden sollten, bis auch sie ins Gas geschickt wurden. Es liegt keine Statistik vor, die exakte Auskunft darüber gibt, wie viele Juden wie lange Zwangsarbeit leisten mussten, bevor sie umgebracht wurden. In der Sowjetunion war die Lage noch unübersichtlicher. Vermutlich kann man aber davon ausgehen, dass mindestens ein Drittel der Juden, die während des Krieges von den Deutschen umgebracht wurden, für kurze oder längere Zeit Zwangsarbeit leisten mussten, überwiegend für deutsche Firmen, die Wehrmacht oder die SS. Wie groß die Zahl der im Machtbereich der Deutschen überlebenden Juden am Ende des Krieges war, ist nicht genau festzustellen; etwa 200 000 bis 300 000 könnte eine wirklichkeitsnahe Schätzung sein; wobei es sich vor allem um junge und sehr junge Menschen handelte.

Finkelstein, der über diese Fragen nicht selbst geforscht hat, stützt sich auf die Arbeiten von Henry Friedlander mit dessen seriöser Schätzung, wonach etwa 100 000 jüdische KZ-Häftlinge überlebt hätten, und fragt, wie die jüdischen Organisationen bei den Verhandlungen über die Zwangsarbeiterentschädigung dann mit heute noch lebenden 130 000 oder 140 000 ehemaligen jüdischen Zwangsarbeitern rechnen könnten.

Das Problem besteht darin, dass ein großer Teil der Juden, die für Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten und den Krieg überlebten, gar nicht aus einem deutschen KZ befreit wurden. Dabei sind mindestens zwei große Gruppen zu unterscheiden: Zum einen die Juden, die vor dem Beginn der Deportationen nach Osteuropa etwa in Deutschland, Frankreich oder Belgien Zwangsarbeit leisten mussten und sich retten konnten. Zum anderen die Juden, die in Ost- und Südosteuropa in der letzten Kriegsphase nicht mehr umgebracht, sondern zur Arbeit eingesetzt wurden, und zwar in Arbeitsbataillons und Zwangsarbeitslagern außerhalb des SS-Kosmos, und dort am Ende des Krieges von der Roten Armee befreit wurden. So ist es realistisch anzunehmen, dass die Zahl der Juden, die den Krieg überlebten und Zwangsarbeit für Deutschland leisten mussten, bei etwa 300 000 gelegen hat, von denen aufgrund ihres damals sehr niedrigen Durchschnittsalters heute noch etwa 30 bis 40% leben mögen. Diese Zusammenhänge übersieht Finkelstein weitgehend.

Er übersieht aber auch noch einen anderen Zusammenhang. Als die Bemühungen um eine Entschädigung für die von Deutschland rekrutierten ausländischen Zwangsarbeiter in den 80er Jahren erneuert wurden, trafen sie auf eine Mauer von Desinteresse und Ablehnung. Erst als in den USA – auch, aber nicht nur von jüdischen Organisationen mitbetrieben – eine Kampagne gegen die verantwortlichen deutschen Unternehmen in Gang kam und kostspielige Prozesse gegen diese Firmen vor US-Gerichten drohten, begann sich bei der Regierung und Industrie der Bundesrepublik etwas zu regen. Die deutsche Seite hätte am Anfang der dann einsetzenden Verhandlungen am liebsten nur die jüdischen Zwangsarbeiter entschädigt, weil man glaubte, damit die Prozesse in den USA vermeiden zu können, und wohl wissend, dass es sich dabei um die kleinste Gruppe handelte. Russische oder polnische Zwangsarbeiter hingegen verfügten über keine Möglichkeit, auf deutsche Firmen wirtschaftlichen Druck auszuüben.

Warum die Debatte nötig ist

Es waren, und hier sei das Attribut gestattet, jüdische Anwälte wie Michael Hausfeld, die sich für die Zwangsarbeiter aus Osteuropa einsetzten und jüdische wie nichtjüdische Zwangsarbeiter vertraten. Erst dadurch wurde die Verknüpfung in den Verhandlungen so fest und unteilbar. Ohne ihr Engagement hätten die osteuropäischen Zwangsarbeiter wohl bis heute keinerlei Aussicht auf Entschädigung.

Dass die Zahlen der heute noch lebenden ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiter, die von den jüdischen Organisationen vorgelegt wurden, zu hoch waren, ist möglich. Vermutlich trifft dies auf alle vorgelegten Zahlen zu, also auch auf die der osteuropäischen Delegationen, wengleich auch diese Vermutung auf nichts anderem als auf Schätzungen beruht. Doch für den Fortgang der Verhandlungen war dies unerheblich. Denn die von deutscher Regierung und Wirtschaft zugesagte Gesamtsumme von 10 Milliarden DM ändert sich nicht, wenn die Zahl der noch lebenden Zwangsarbeiter sich als höher oder niedriger erwiesen sollte als geschätzt. Auch die an die einzelnen Opfer fließenden Summen sind davon nicht berührt; denn hier sind feste Einmalzahlungen von 15 000 Mark für KZ-Häftlinge und für jüdische Zwangsarbeiter sowie 5 000 Mark für alle anderen vorgesehen, wobei die aus Westeuropa stammenden Zwangsarbeiter nichts erhalten.

Finkelsteins Buch ist nützlich, wo es die historische Dekontextualisierung des Holocaust und die Tendenz zur Liturgisierung und Verkitschung kritisiert, wie dies andere vor ihm getan haben. Hier kommt er aber zu keinen weiterführenden Aufschlüssen. In Bezug auf seine These von der Abhängigkeit der Holocaust-Debatte von der amerikanischen Israel-Politik wirkt seine Argumentation zu eng und etwas verschwörungstheoretisch. Die Behauptungen über die missbräuchliche Verwendung von Entschädigungsgeldern durch die JCC stehen auf wackeligem Boden, sind aber gerichtlich unschwer überprüfbar. Seine Kritik an der Verhandlungstaktik der jüdischen Organisationen bei der Auseinandersetzung um die Zwangsarbeiter-Entschädigung überzeugt nicht, mit diesem Thema ist er nicht ausreichend vertraut.

Doch als Provokation mag sein Buch nützen. Vor allem eine intensive Debatte über die Ablösung der Beschäftigung mit dem Holocaust vom geschichtlichen Kontext ist offenkundig nötig. Als Basis hierfür ist aber das Buch zu schwach. Der „vage Unmut, den man in Deutschland zuweilen verspüren mochte“, muss andere Ursachen haben.